

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Die englische Ausgabe von *Crucible of Resistance* wurde im Frühjahr 2013 abgeschlossen.

Seitdem haben sich – leidvoll für das griechische Volk – die darin enthaltenen Einschätzungen über die weitere Entwicklung der Lage bis ins Detail bestätigt. Dennoch behaupten weiterhin viele Vertreter des griechischen und internationalen Establishments, dass es die Verhältnisse in Griechenland selbst waren, die zu einer tiefen sozialen und ökonomischen Katastrophe führten.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war Ende 2014 um 25 % gefallen – eine selbst für Kriegszeiten bisher beispiellose Zahl –, die produktiven Investitionen verzeichneten im sechsten Jahr in Folge einen zweistelligen Rückgang, die öffentlichen Investitionen tendierten gegen Null, die Exporte zeigten keinerlei Anzeichen von Erholung, der Anteil der Arbeitslosen belief sich auf 25 % – bei der Jugend auf nahezu 60 % –, über 90 % der Arbeitslosen erhielten keine Leistungen und 40 % der Bevölkerung hatten keine Krankenversicherung. Und parallel zu diesen Entwicklungen stieg die Staatsverschuldung, zu deren Bekämpfung das EU-Programm und die »Memoranden« aufgelegt worden waren, von 120 % auf 180 % des BIP!

Dies belegt – wie wir meinen zweifelsfrei – dass die Politik der inneren Abwertung bewusst und mit anderen Absichten eingesetzt wurde als offen bekannt gegeben. Ziel war es demzufolge, von vornherein eine Extremversion neoliberaler Politik in Griechenland auszutesten, also das Land als Experimentierfeld, als Versuchskaninchen, für die Limits einer solchen Politik zu benutzen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wurde Griechenland auf die gleiche Weise wie Chile während der 70er Jahre bekämpft, als vor dem Hintergrund der damaligen globalen Krise des Kapitalismus mit der Umsetzung der neoliberalen Agenda begonnen wurde. Wenn damals ein blutiger Militärputsch unerlässlich war, dann war es nun im europäischen Kontext die größtmögliche Einschränkung der Demokratie und die Bekämpfung der griechischen Bevölkerung, indem sie einer strengen Beschneidung ihrer Rechte unterzogen wurde.

Die Politik der inneren Abwertung stützte sich maßgeblich auf sogenannte »Strukturreformen« auf dem Arbeitsmarkt. Dank dieser »Strukturreformen« kam es zur Auflösung des Arbeitnehmerschutzes, der Abfindungs- und Abmahnungsregelungen, zur Individualisierung der Entlohnung und der Beschäftigungsverhältnisse sowie zu einer Übermacht der Unternehmer, die dem Ziel der fortdauernden massiven Kürzung der Löhne diene. Dies ermög-

lichte den Arbeitgebern die einseitige Durchsetzung von Zeitarbeitsverträgen, die nun auf nur noch einen Tag pro Woche reduziert und bis zu 18 Monate in Folge verlängert werden konnten. Es handelt sich also um die Aufhebung von Bestimmungen, die uns in eine Zeit vor 1920 zurückwirft.

Auf sozialer Ebene brachte die Durchführung dieser konkreten Politik also eine gigantische Umverteilung zu Lasten der unteren Klassen mit sich. Zusätzlich zur bereits fortgeschrittenen Demontage der Arbeitnehmerrechte, kommt nun noch die uneingeschränkt als parteiisch zu bewertende Abwesenheit von staatlicher Kontrolle über die Arbeitgeberpraktiken hinzu. Als Folge davon haben »sich zwischen 2008 und 2013 die vom Arbeitgeber bezahlten Überstunden um 53,3 % verringert, während die unbezahlten Überstunden im gleichen Zeitraum um 76,4% zunahmten, eine Entwicklung der hauptsächlich weibliche Beschäftigte zum Opfer fielen. Heute bleiben 77,4 % der von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geleisteten Überstunden unbezahlt, während dieser Anteil 2008 noch bei 47,6 % lag«.¹

Wir glauben, dass das Wichtigste an dem obigen Zitat nicht die beschriebene Verschärfung der Ausbeutung unter der Krise ist. Vielmehr liegt das Schockierende in der Tatsache, dass die griechischen Arbeitgeber »prä-Krise« eine von zwei Überstunden nicht bezahlten. Einfach ausgedrückt, die Krise ermöglichte es auf diesem spezifischen Feld, dass sich die ungezügelte Party, die bereits in vollem Gange war, zu einer wahren Orgie der oberen Klasse steigern konnte.

Im heutigen Griechenland beträgt die Anzahl der lohnabhängig Beschäftigten im privaten Sektor 1.371.450 gegenüber 1.365.406 Arbeitslosen! Dieser bedrohliche Hintergrund der Arbeitslosigkeit bildet die Voraussetzung für die Party der Bosse. So haben 20 % der Lohnabhängigen ein Monatseinkommen von bis zu 500 Euro Brutto, während 43 % über die Summe von 800 Euro Brutto im Monat nicht hinauskommen und weniger als 20 % über einen Bruttolohn von über 1 500 Euro verfügen können. Hinzu kommt noch die Zahl der in der Statistik als teilzeitbeschäftigt aufgeführten Arbeitnehmer, die ja nichts darüber aussagt, ob sie nicht doch tatsächlich mehr als acht Stunden arbeiten, aber nur für vier oder weniger Stunden bezahlt werden.

Darüber hinaus werden die Löhne von ungefähr einer Million (!) Beschäftigten mit Verspätungen von einem Monat bis zu einem Jahr oder letztlich überhaupt nicht ausgezahlt. In manchen Fällen ist die Berufung auf Liquiditätsprobleme begründet, sehr viel häufiger dient sie den Unternehmen jedoch als Vorwand, um ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu müssen. Ein junger Mensch an die Vierzig, in einem Teilzeit- oder Zeitarbeits-

1 *EfSyn* (Εφημερίδα των Συντακτών/Zeitung der Redakteure), 3. Dezember 2013.

verhältnis flexibel bei einem Lohn von um 300 Euro beschäftigt, das ist der typische Arbeitnehmer von heute in der durch die »Memoranden« gekennzeichneten griechischen Wirklichkeit.

Wie es dazu kam, schildert Ilias Ioakimoglou so: »Geradezu beeindruckend ist der Erfolg der ausgeübten Wirtschafts- und Deregulierungspolitik bei der dramatischen Erhöhung des Verhältnisses von Gewinnen zu Löhnen« (in einem Diagramm spezifiziert Ioakimoglou diese Entwicklung entweder als Verhältnis von verfügbarem Firmeneinkommen zu Lohnzahlungen oder als Verhältnis von Bruttogewinn vor Steuern zu Lohnzahlungen). »Und tatsächlich übertrifft der Anstieg des Verhältnisses von Gewinnen zu Löhnen in Griechenland den auch in Spanien, Zypern und Irland zu beobachtenden entsprechenden Anstieg sehr deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob dies nun daran liegt, dass in Griechenland der Prozess der ›Chinaisierung‹ früher begonnen wurde oder dass er hier schneller Wirkung zeigt.

Für diejenigen also, die zu den gesellschaftlichen Klassen gehören, die nur von ihrer Arbeit leben können, ist die griechische Wirtschaft überhaupt keine *success story*, während für alle diejenigen, die von ihren Kapitalerträgen leben, die Dinge ganz anders liegen. Vermutlich wäre es auch eher unwahrscheinlich, dass sie eine Politik nicht als geglückt ansähen, welche alle Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aushöhlt oder zunichte macht, die Einkünfte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen reduziert und sämtliche Verpflichtungen der Unternehmen gegenüber der Gesellschaft abbaut (mit Ausnahme der karitativen Einrichtungen der Firmen, die als wertloser und brüskierender Ersatz anstelle des Sozialstaates entwickelt werden). Dies erklärt sehr wahrscheinlich sowohl den in den Indexzahlen zum Wirtschaftsklima verzeichneten Optimismus der letzten Monate, als auch die allgemeine Euphorie der bürgerlichen Klassen und die Fata Morgana der *success story*.«²

Das heißt, dass die griechische kapitalistische Klasse in der Krise die Chance schlechthin gefunden hat, um den prozentualen Anteil der Ausbeutung der Arbeitenden in schwindelerregende Höhen zu treiben. Damit erhärtet sie die Gründe, die sie seit mindestens zwanzig Jahren zur räuberischsten Arbeitgeberschaft Europas gemacht haben. Genau gesagt, stieg laut Angaben der AMECO³ das Verhältnis von Gewinnen zu Löhnen der Unternehmen in Griechenland von 1,2 in den Jahren 1995-2009 auf 1,7 in 2013 an. Die entsprechenden Zahlen für Spanien und Portugal sind ungefähr 0,6 (1995-2009) und 0,75 (2013). In Frankreich hielt sich diese Quote im gesamten Zeitraum

2 Ilias Ioakimoglou: »Success Story« in: *Avgi*, 8. August 2013.

3 AMECO = Annual Macroeconomic Database, European Commission.

1995-2013 nahezu konstant bei 0,5, mit leicht fallender Tendenz in den Jahren der Krise. Schließlich ist in Deutschland zwischen 1995 und 2007 ein Anstieg des Verhältnisses von etwa 0,5 auf 0,8 festzustellen, um dann auf nahezu 0,7 in 2013 zu fallen.

Diese Daten sind dramatisch und absolut provokant. Der spezifische Index erreicht in unserer azurblauen Heimat den zwei- bis dreifachen Wert im Vergleich zu den übrigen europäischen Kapitalismen, ob nördlich, südlich, zentral oder an der Peripherie gelegen.

Zur Bekräftigung der zuvor genannten Aussagen ziehen wir auch die Ergebnisse einer aktuellen internationalen Studie zur Entwicklung der Steuerbelastung in Griechenland zwischen 2008 und 2012 heran⁴, die wirklich jenseits jeder Vorstellungskraft liegen. Auf die Einkommenssteuer bezogen, stieg die Steuerbelastung der fünf niedrigsten Steuerklassen im genannten Vierjahreszeitraum um 126 % an, während wir bei den fünf höchsten Stufen eine Minderung um 9 % verzeichneten.

Wenn wir in die Berechnung auch die Besteuerung von Immobilien mit einbeziehen, tritt eine Mehrbelastung auch der höheren Steuerklassen auf – um 9 %. Nur dass sich dann die Mehrbelastung der niedrigeren auf 334 % beläuft!

So gibt es gemäß der Statistik der Schweizer Bank UBS über die weltweite Vermögensverteilung 505 griechische Multimillionäre, d.h. 0,005 % der Bevölkerung verfügen 2013 über ein Vermögen von 60 Milliarden Euro, das sind 20 % mehr als 2012. Wenigstens 8000 Griechen verfügen immerhin über Vermögen von mehreren Millionen Euro, während Hunderttausende mit Sicherheit zu den »Wohlhabenden« gezählt werden können. Und das just in dem Moment, in dem die lohnabhängig Beschäftigten seit 2010 Einkommenseinbußen von 37 Milliarden Euro hinnehmen mussten. Und zweifelsohne wird die Entwicklung der Verhältnisse die Reichen noch mehr begünstigen.

Gemäß einer Studie von Max Roser⁵, Wirtschaftswissenschaftler in Oxford, ist der gesamte Zeitabschnitt seit der Etablierung des neuen Regierungssystems nach der Diktatur dadurch geprägt, dass sich die verfügbaren Einkommen des Zehntels der reichsten griechischen Familien zwischen 1974 und 2008 um 160 % erhöhten, während das Zehntel der Ärmsten gerade einmal 50 % mehr erhielt und sich das mittlere Zehntel um 90 % verbessern konnte.

Die Krise führte zu einem generellen Einbruch des Lohnniveaus mit einer Senkung der Einkommen zwischen 2008 und 2011 auf das Niveau von 1985. Eine sehr aussagekräftige Tatsache ist die negative Auswirkung auf die

4 Tassos Giannitsis, Stavros Zografakis, *Greece: Solidarity and Adjustment in times of crisis*, Macroeconomic Policy Institute of the Hans-Boeckler-Foundation.

5 Ourworldindata.org.

Renten, denn durch die Umsetzung der Politik der rigorosen Kürzungsprogramme sind wir bei einem Rentenniveau angekommen, bei dem mehr als 60 % der Rentner weniger als 700 Euro im Monat erhalten. Das bedeutet, dass zwei von drei Rentnern unterhalb der europäischen Armutsgrenze liegen.

Doch das wirklich Entscheidende folgte erst noch: Während nämlich die unteren Klassen bis Ende 2014 zusätzliche Einbußen hinnehmen mussten, erholte sich das reichste Zehntel nicht nur einfach, sondern für sie läuft es sogar noch besser als vergleichsweise in den Jahren 2008-2009! Diese Tatsache erklärt unter anderem auch die dauerhafte Verbesserung der Situation jener 559 reichsten griechischen Familien, die es zur Anhäufung eines Vermögens in der Größenordnung von 76 Milliarden Dollar gebracht haben – ohne dabei aus den Augen zu verlieren, dass das reichste Zehntel deutlich mehr als 559 Multimillionäre umfasst.

Oder, um es noch einmal anders zu verdeutlichen, gemäß den internationalen Zahlen von Wealth -X⁶ besitzen etwa 10 % der Bevölkerung 80 % des Reichtums, die nächsten 20 % verfügen über 17 %, und die unteren 70 % der Bevölkerung besitzen lediglich 3 % des Reichtums.

Als wir vor drei Jahren versuchten, Klarheit darüber zu gewinnen, was gerade bei uns geschah, schrieben wir: »Denn die Linke begann in jenen turbulenten Tagen Anfang 2010, die dem Memorandum vorausgegangen waren, unter anderem die folgenden Diskussionen in Griechenland: Erstens, dass die damals angekündigte Politik nicht der Bewältigung der Staatsverschuldung galt, sondern der Auslöschung der Arbeiterklasse, indem Maßnahmen durchgesetzt wurden, die die griechische Bourgeoisie schon über Jahrzehnte verfolgt hatte. Zweitens, dass der Staatsbankrott genau deshalb erfolgen würde, weil Maßnahmen eingeleitet wurden, die die griechische Wirtschaft mit mathematischer Genauigkeit in den tödlichen Strudel der Rezession führten. Drittens, dass die Regierung das griechische Volk ganz bewusst in ein verheerendes Vabanquespiel verwickelte und damit dem europäischen Kapital äußerst bereitwillig die Möglichkeit eröffnete, sich ein bestens geeignetes Versuchskaninchen zu halten, um in ganz Europa der Durchsetzung der aggressivsten Klassenpolitik des gesamten Jahrhunderts den Weg zu ebnen. Viertens, dass die »Hellenisierung« der Probleme in dem Moment zu ihrer absoluten Unlösbarkeit führte, in dem wir uns offensichtlich inmitten einer globalen kapitalistischen Krise

6 Wealth -X ist ein Londoner Datendienstleister, der auf Datenmaterial über sehr wohlhabende Menschen spezialisiert ist.

von sehr wahrscheinlich historischer Bedeutung für den weiteren Verlauf der Menschheit befinden.«⁷

Die Entwicklung der Lage hat gezeigt, dass die Linke mit ihren anfänglichen Einschätzungen richtig lag. Dabei, so könnten wir heute sagen, hatte sie sich mit ihren Aussagen noch zurückgehalten.

Die Krise wurde also für die griechische herrschende Klasse zu einer günstigen Gelegenheit. Indem sie sie nutzte – und mit ihr zusammen den durch die Troika ausgeübten »Zwang« – konnte sie sehr bald dabei zusehen, wie ihre geheimsten und offenkundigsten Träume in Erfüllung gingen. Einkommen und Reichtum wurden mit unbegreiflichem Tempo zu ihren Gunsten umverteilt. Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen verschwanden völlig von der Bildfläche. Die große Sause der besitzenden Klasse mit Steuerbefreiungen und -diebstahl wurde fortgesetzt und weiter ausgedehnt. Die Gewinnspannen schnellten auf ein bis dahin im europäischen und weltweiten Maßstab unbekanntes Niveau hoch. Die Ausbeutung erhielt historisch neuartige Züge.

Die Erschaffung des weißen chinesischen Arbeitnehmers – das tatsächliche Ziel der ausgeübten Politik – war auf brutale Weise erfolgreich.

Und zur Umsetzung dieses Zieles wurde die staatliche Politik immer autoritärer, angefangen von der Schließung des Öffentlich-Rechtlichen Fernsehens im Juni 2013 und der auf nur einer Verordnung beruhenden Abschaffung ganzer Bildungszweige, die eine technische Ausbildung für die Kinder ärmerer Schichten anboten, bis zur de facto-Abschaffung des Parlaments. Sie erreichte ein Ausmaß, in dem die gesamte Gesetzgebung quasi außerordentlich und abseits jeder parlamentarischen Verhandlung ablief und von Streikverboten flankiert wurde, auf die jedoch im Gegenzug immer mit der Mobilisierung der Streikenden reagiert wurde. Nur wenig erinnerte an einen Rechtsstaat und eine bürgerliche parlamentarische Demokratie.

In diesem Rahmen bildeten sich die Bedingungen für die weitere Entwicklung der Neonazi-Partei »Goldene Morgenröte« heraus, welche von der Samaras-Venizelos-Regierung und großen Teilen der staatlichen Apparate in der Hoffnung darauf gehätschelt wurde, dass sie unter gewissen Voraussetzungen bei der Abwehr der radikalen Linken nützlich sein könnte. Der von Nazis verübte furchtbare Mord an Pavlos Fyssas in Piräus war nötig, um – gezwungenermaßen – eine andere Strategie zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Doch die bis dahin eingenommene Haltung hatte die »Goldene Morgenröte« bereits

7 X. Λάσκος - Ε. Τσακαλώτος (2011), Χωρίς Επιστροφή - Από τον Κένυς στην Θάτσερ/ Καπιταλιστικές Κρίσεις, Κοινωνικές Ανάγκες, Σοσιαλισμός, ΚΨΜ, Αθήνα, 2^η έκδοση, 13. (Ch. Laskos/E. Tsakalotos: *Ohne Rückkehr – Von Keynes zu Thatcher*. Kapitalistische Krisen, gesellschaftliche Bedürfnisse, Sozialismus, Ka Psi Mi, 2. Aufl., Athen 2011.

soweit beflügelt, dass sie sich unbestreitbar als drittstärkste Partei im Land etablieren konnte. Bei Meinungsumfragen erreichte sie Prozentsätze von bis zu 15 %, was es ihr trotz ihrer Strafverfolgung als kriminelle Vereinigung ermöglichte, aus den Europawahlen im Mai 2014 mit nahezu 10 % der Stimmen als drittstärkste Kraft hervorzugehen und sich ebenfalls in den griechischen Parlamentswahlen am 25. Januar 2015 mit einem Stimmenanteil von über 6 % als drittstärkste Partei zu behaupten.

Andererseits fanden die sehr großen sozialen Probleme – im Gegensatz zu den ersten drei Krisenjahren – keine Entsprechung in den sozialen Kämpfen der letzten beiden Jahre. Wenn wir die sicherlich sehr wichtigen Aktivitäten im Bereich der sozialen Solidaritätsbewegung ausnehmen, welche mit der Zeit zunehmend an Stärke gewannen, gab es zwar Kämpfe, doch ihr Großteil blieb auf Teilbereiche bezogen und war von einem Mangel an Koordination gekennzeichnet.

Es schien so, als hätte sich ein Großteil der unteren Klassen unbewusst für das Warten auf eine positive politische Entwicklung entschieden, welche durch das Erstarken der radikalen Linken und die ab einem gewissen Punkt einsetzende Gewissheit darüber vorbereitet wurde, dass die sich abzeichnende Regierungsübernahme durch SYRIZA die Bedingungen für die Bekämpfung der sozialen Katastrophe und den Beginn der Reorganisation der Gesellschaft gestalten würde.

Tatsächlich hatten wir also eine Ungleichzeitigkeit zwischen der gesellschaftlichen Bewegung und dem politischen Geschehen. Ein Großteil der Bevölkerung schien eine Erwartungshaltung anzunehmen, die überhaupt nicht vielversprechend war. Sicherlich war das ein Umstand, der dem stetigen Kurs von SYRIZA in Richtung Regierung nicht hinderlich war.

Bereits das Ergebnis der Europawahlen 2014, bei denen die Partei der Radikalen Linken mit nahezu 5 % Vorsprung vor der Nea Dimokratia abschnitt, bereitete den Weg für den großen Wahlsieg am 25. Januar, der von allen Lohnabhängigen und den Armen im ganzen Land begeistert gefeiert wurde. Der Slogan »Zum Ersten Mal Links« war nach vielen Jahrzehnten von Kämpfen und großen Opfern Wirklichkeit geworden. Zudem belegte die nach Klassenzugehörigkeit aufgeschlüsselte Stimmenverteilung sehr stichhaltig, dass die gesellschaftliche Polarisierung, welche sich während der Jahre der Krise zugespitzt hatte, ein nahezu konstantes Merkmal des politischen Verhaltens darstellte. Tatsächlich erzielte SYRIZA überwältigende Ergebnisse – punktuell sogar über 50 % – bei den Arbeitslosen, der traditionellen Arbeiterklasse, den Angestellten in der privaten Wirtschaft und den Niedriglohngruppen des öffentlichen Dienstes, sowie in ärmeren und einfacheren Gegenden. Das sind demzufolge Kennzeichen politischer Entwicklungen, welche kontinuier-

lichere und tiefgreifendere Veränderungen vorbereiten, als es allein mit der Verlagerung der Regierungsgewalt von der Rechten auf die Linke gegeben ist.

Wenn SYRIZA es in ausreichender Weise schafft, die auf parteiischer Klassenorientierung gegründete Strategie zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und der Armen in Griechenland zu entfalten, dann hat der gesellschaftliche Umbau bereits begonnen. Und genau darauf wurden die Wetten in diesen ersten Regierungsmonaten im Lande abgeschlossen.

Wie die Geschichte häufig gezeigt hat, ist eines der größten Probleme radikaler Politik und gesellschaftlicher Offensiven, dass sie mit höherer Wahrscheinlichkeit unter eher widrigen Umständen ins Rollen kommen. Die Klassiker des Marxismus haben sich mit dieser Tatsache auseinandergesetzt.

In einem Brief vom 19. August 1852 notierte Marx, als er die Möglichkeit zur Machtübernahme kommentierte, es sei »nichts schlimmer, als wenn die Revolutionäre für Brot sorgen sollen.«⁸

Wir befinden uns genau davor. Die Antwort auf die unmittelbaren Probleme der unteren Schichten und die Bewältigung der humanitären Krise bilden die strategische Voraussetzung zur aktiven Einbindung aller, ohne die das Weitere nur leeres Gerede bleibt. Und aus diesem Blickwinkel betrachtet, stellt die Realisierung des »Minimalprogramms« für die griechische Gesellschaft tatsächlich einen revolutionären Schritt dar.

Das Wirtschaftsprogramm von SYRIZA ist bekanntlich um vier Achsen herum organisiert:

- Grundlegende Umverteilung des Einkommens und des Reichtums zugunsten der unteren Schichten
- Aufhebung der rigorosen Kürzungsprogramme („Memoranden“), Neuverhandlung über die Staatsverschuldung mit dem Ziel der Streichung des Großteils, Beendigung der Austeritätspolitik
- Vergesellschaftung – mit Arbeiterkontrolle – der Banken und strategischer Unternehmen
- Reorganisation der Produktion unter Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Massen.

8 »Marx an Engels« [19. August 1852], in: Marx Engels Werke (*MEW*), Bd. 28, Berlin 1963 (Dietz), S. 116 (Anm. des Verlags).

Die Priorität der grundlegenden Umverteilung weist auf eine Hierarchisierung der politischen Schritte hin, die exakt dem Klassencharakter und gleichzeitig der klassenorientierten Zielsetzung radikaler Politik entspricht. Zur Umsetzung dieser Sache sind, nach unserer Auffassung, jene linken Vorschläge völlig ungeeignet, welche die Währungsfrage als fundamental ansehen und damit ein mögliches Mittel der Politik objektiv zu einem Ziel sine qua non umfunktionieren.

Dieses umfassende 4-Achsen-Programm ist der notwendige Wegweiser für eine linke Politik. Gleichwohl wird über den Ausgang der kommenden großen Auseinandersetzung an der Stelle entschieden, wo sich für eine Regierung der Linken bereits von Beginn an die Möglichkeit ergibt, konkrete Dinge praktisch umzusetzen, und sich dann, wenn sie diese umsetzt, zwar ziemlich sicher Wege eröffnen, die jedoch selbst noch im Moment der Regierungsübernahme weiterhin gefährdet sind.

Der allgemeine und uneingeschränkte Zugang der Gesamtbevölkerung zu den öffentlichen Gütern – Wasser, Strom, Wohnen, Nahrung, Gesundheit, Bildung –, die Garantie, dass kein Mensch im Lande ohne Einkommen ist, die Wiedereinführung der Arbeitnehmerrechte und der Mindestlöhne, die Rückkehr der Gewissheit unter den einfachen Leute darüber, dass sie nicht jeden Tag aufs Neue der Schlag trifft, all das sind solche Dinge. Es ist idiotisch zu meinen, das sei zu wenig. Tatsächlich geht es um nicht weniger als unter anderem um das, was bis vor einigen Jahren als europäischer »sozialer Besitzstand« angesehen wurde. Nur dass die Wahrung der genannten Dinge im gegenwärtigen Moment des Kapitalismus zu revolutionären Veränderungen führen kann, und zwar in dem Maße, wie sie das, was die abhängig Beschäftigten und die Armen zu verteidigen haben, greifbar machen. Damit wird ihnen ein sehr praktischer Grund dafür gegeben, einzugreifen, sich zu wehren und mehr zu werden.

Das was in Griechenland auf dem Spiel steht, um es noch einmal zu sagen, ist von globaler und historischer Bedeutung. Der amerikanische Marxist Richard Wolff kommentiert es so: »Für die Kapitalisten Europas ist Griechenland in der Krise dauerhaft eine günstige Gelegenheit, um damit zu experimentieren, wie weit sie die Austerität [und die mit ihr verbundenen »Reformen«] treiben und als Instrument nutzen können, um die Kosten der kapitalistischen Krise auf die Schultern der Bevölkerungen abzuwälzen.«

Um es noch einmal zu sagen: Das Griechenland von 2010 ist das Chile von 1970.

Wenn damals der Sturz einer linken Regierung zu jahrzehntelanger Vorherrschaft des aggressivsten Kapitalismus führte, kann heute der Aufstieg

einer linken Regierung das völlige Umschlagen der Verhältnisse zur Folge haben.

Das erste, was gebraucht wird, ist ein guter »kleiner Korb«, so wie er oben umschrieben wurde. Wenn er gefüllt ist, dann werden wir stärker, was auch immer das System unternimmt.

Es ist kein Zufall, dass die neue griechische Regierung zuerst das Gesetzesvorhaben über die Bewältigung der extremen humanitären Krise initiierte, gefolgt von der Vorlage über die Wiederherstellung würdevoller Arbeitsbedingungen. Auch das folgende Gesetzesvorhaben betrifft die Erleichterung bei der Rückzahlung von Krediten mittels ihrer Aufteilung in 100 Raten, was Millionen von Menschen und Hunderttausenden kleinerer Unternehmen zugute kommt, die inmitten eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu Rückzahlungen außerstande sind. Ebenso wenig ist es ein Zufall, dass die Regierung die Fragen der Arbeitnehmerrechte beziehungsweise der Renten – bei allen im Rahmen der Verhandlungen gemachten Zugeständnissen – als absolut unverhandelbar ansieht. Das gleiche gilt für ihre Entschlossenheit zu einer Steuerpolitik zugunsten der unteren Schichten und für den unbeugsamen Willen, dass das öffentliche Vermögen zum Wohle der Mehrheit der Gesellschaft eingesetzt und nicht schnell zur Begünstigung jener Interessen privatisiert wird, die während der Krise hohe Gewinne gemacht haben.

Darüber hinaus hat die Regierung bereits gesetzliche Schritte in Richtung einer Revision aller Gesetze eingeleitet, die die Demokratie in Griechenland praktisch aufgehoben hatten: Angefangen von den Regelungen über das öffentliche Fernsehen bis hin zum mittelalterlichen Zustand der Gefängnisse und der unmenschlichen Migrationspolitik.

Die Lage ist außerordentlich schwierig – was aus unserer Sicht aber absolut zu erwarten war. Die europäischen politischen und ökonomischen Eliten trachten in Allianz mit der einheimischen Bourgeoisie danach, uns das Leben schwer bis unerträglich zu machen. Sie scheinen nicht dazu bereit zu sein, Kompromisse an Punkten einzugehen, die für sämtliche Anstrengungen zur wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung unseres Landes jedoch Bedingungen sine qua non sind. Weder ist davon auszugehen, dass sie den selbst mit den eigenen Maßstäben seiner Urheber gemessenen absoluten Misserfolg des in Griechenland durchgeführten Programmes eingestehen, noch dass sie zugeben, dass ihre Hauptsorge 2010 der Rettung der französischen und deutschen Banken galt, auf Kosten der griechischen Bevölkerung. Das haben sie

geschafft, zumal sich ihre Interessen und die der griechischen Kapitalisten und Reichen gegenseitig stützten.

Doch auch die griechische radikale Linke ist nicht dazu bereit, Zugeständnisse zu machen, welche die Linien eines ehrenvollen Kompromisses überschreiten. Denn, ihr Kampf ist, abgesehen von allem anderen, ein Kampf der Gesamtheit der Arbeitenden und der Armen Europas und der Welt, auch wenn das von ihnen selbst nicht immer wahrgenommen wird.

Thessaloniki-Athen, 1. Mai 2015

Übersetzung aus dem Neugriechischen: Céline Spieker